

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident de Maiziere:

Bei den Landwirtschaftsbetrieben wird man sehr genau feststellen müssen, wo die Schwierigkeiten liegen. Es hat z. B. von vielen Landwirtschaftsbetrieben die Anfrage gegeben, daß sie bei der Eröffnungsbilanz mit hohen Ersatzteilverräten belastet wären, weil sie eben auf Grund der bestimmten Situation, wie wir sie früher hatten, sich die Lager vollgestopft hatten mit irgendwelchen Dingen, die sie nun nicht mehr gebrauchen können. Hier wird erwogen, eine Entlastung der Betriebe zu bringen, indem diese Ersatzteile gegen Null geschrieben werden können, damit sich die Eröffnungsbilanz günstiger stellt. Es gibt eine ganze Reihe von Landwirtschaftsbetrieben, die haben Kontenvermögen selbst nach Umstellung in Größenordnungen, wo jede Regierung stolz sein könnte, wenn sie auch nur teilweise solche hätte.

Es gibt ein Konzept im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag, das etwa zehn Punkte zur Gewinnung der Liquidität landwirtschaftlicher Betriebe enthält. Das wird in den nächsten Tagen umfänglich dargestellt werden, damit sich die Betriebe danach richten können. Allerdings ist bisher ein konkreter Antrag von solchen Betrieben noch nicht gestellt worden.

Zu Staatsfinanzen, Preise: Die von Ihnen genannte Zahl, Abwertung in Größenordnungen von 7 Mrd. bis 9 Mrd., ist unzutreffend. Es war wesentlich weniger. Es ist sehr genau erwogen worden, bei welchen dies geschehen sollte, und zwar in Abstimmung zwischen Ministerium für Handel und Tourismus und Ministerium für Finanzen. Es handelte sich bei den exquisiten Dingen um solche Waren, die zu den Preisen nicht mehr absetzbar waren. Die Bürger wären dann nach Westberlin gegangen und hätten dort die Waren erworben. Zum einen. Zum zweiten handelte es sich zum nicht unerheblichen Teil auch um solche Waren, die nach dem 2.7. überhaupt nicht mehr absetzbar gewesen wären, und wenn man dann davon ausgeht, wenn wir sie dann gegen Null geschrieben hätten und wir jetzt einen Teil des Preises erlangen können, ist das eine wesentlich günstigere Situation.

Zur Bodenreform: Sie wissen, und insofern verwundert mich die Anfrage, da Sie ja zur Regierungskoalition gehören, daß das eine klare Aussage unserer Koalitionsvereinbarung ist, daß die Ergebnisse der Bodenreform nicht antastbar sind, und das also auch Gegenstand der Regierungserklärung ist, die, auch abgestimmt mit Ihrer Partei, abgegeben wurde. Ihre Frage betrachte ich deshalb als polemisch.

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. - Als letzter spricht in dieser Aktuellen Stunde als Vertreter der Fraktion der PDS der Abgeordnete Stadermann.

Dr. Stadermann für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Das Zitat des Herrn Wirtschaftsminister Pohl bzw. die Auszüge daraus bezüglich der 500 000 Arbeitsplätze aus dem Mittelstandsbereich sind ja Bestandteil der Regierungserklärung genauso, wie es das Ziel der Koalitionsregierung ist, umgehend gestrichliche Regelungen zum Niederlassungsrecht, zur Schaffung von Gewerberäumen, für ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb etc. etc. zu schaffen.

Aber ist es nicht erstaunlich, daß sich genau die Unternehmer der DDR mit Empörung an die Öffentlichkeit wenden? Ich glaube, viele von Ihnen haben diese Briefe bekommen. Der Bund der Selbständigen der DDR, der Unternehmerverband und andere Verbände sehen mit ernster Sorge der Startlinie in die Marktwirtschaft mit dem Termin 1. 7. entgegen.

Bei der Analyse der in diesem Hohen Hause vorgelegten Gesetzentwürfe wird für mich sichtbar: Die Handwerks- und Gewerbebetriebe der DDR wurden von der Regierungsseite nicht bedacht. Sie wurden im Stich gelassen. Jene Betriebe, die ihre Existenz in der DDR behauptet bzw. sich nach der Wende etabliert haben, um mit dem Aufbau zu beginnen und nicht auszuwandern, müssen sehen, daß ihre Zukunft sehr ernst gefährdet ist.

Es ist doch in der Tat faszinierend, mit welcher strategischen Potenz die Einzelhandelskonzerne, die Energiewirtschaft, die Automobilindustrie und das Bankwesen der Bundesrepublik den DDR-Markt in den Griff zu bekommen suchen. Für das Großkapital sind alle Wege mit den Gesetzen, die wir hier ständig verabschieden, geebnet. Für die Unternehmer der DDR bieten aber die hier verabschiedeten Gesetze kaum Möglichkeiten, chancengleich aufzutreten.

Zum Beispiel sind die Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Reprivatisierung vom 7.3.1990 nicht veröffentlicht, obgleich vorhanden. Dabei regelt gerade die 2. DB die Fragen zur Bewertung von Grundmitteln, Anlagen, Baulichkeiten sowie zum Kauf von Grund und Boden. Wir haben ja heute des öfteren gehört: Es ist angedacht... es liegt vor... es wird beraten... Wer soll denn mit solchen Formulierungen in der Deutschen Demokratischen Republik einen Betrieb leiten, noch dazu einen Privatbetrieb? Wer soll denn in der Lage sein, die Zahlen und exakt die Werte zu kennen und damit zu rechnen?

Die 3. Durchführungsbestimmung äußert sich zu Steuervergünstigungen, Krediten, Darlehensbedingungen usw. Ich würde die Forderung stellen, daß sie morgen veröffentlicht wird, nicht übermorgen, morgen schon!

(Beifall bei der PDS)

Es muß sich jeder entscheiden können. Ich spreche nicht von den Betrieben, die sich neu etablieren, ich spreche von denen, die bisher durchgehalten haben und die das Zauberwerk vollbracht haben, auch die letzten Jahre zu überstehen.

(Lachen bei CDU/DA)

Wann endlich erfolgt außerdem die Freigabe von Grund und Boden tatsächlich zu gewerblicher und wohnwirtschaftlicher Nutzung? Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten bezüglich der Vorzugspreise sind sehr zu begrüßen. Nur, die Erwürgen nützen nichts. Verbrüht und einklagbar müssen diese Rechte geschrieben sein, nur dann nutzen sie etwas, ansonsten sind es Spekulationen.

Eine nächste Frage. Wann endlich wird bekanntgegeben, wie sich die Kreditbedingungen für diese Betriebe nach der Währungsunion gestalten, die unter den Bedingungen der zentralistischen Planwirtschaft eingegangen wurden? Wer nimmt diese Rechte und die Pflichten, die sich aus diesen Bankverbindungen ergeben? Wer steigt in diese Rechte ein. Ganz konkret keine Äußerungen dazu, obgleich die Banken der Bundesrepublik das bereits wissen, obgleich eingeweihte Kreise, Insider in der Wirtschaft der Bundesrepublik das ganz genau kennen. Nur die Gewerbetreibenden der DDR wissen davon natürlich nichts.

Zu der Frage der Unterstützung zur Überbrückung der Übergangsmomente Juni, Juli und August. Die Verkaufstätigkeit beim Holzhandel, beim Großhandel und auch bei anderen materialversorgenden Betrieben ist praktisch seit dem 10. 6. zum Erliegen gekommen, um sich auf den Kontenschluß per 22.6. vorzubereiten. Der Verkaufsanlauf ist natürlich, daraus resultierend, erst wieder ab Mitte Juli zu erwarten, da ja die neuen Preise nicht vorliegen. Aber, die Urlaubsmomente Juli und August stehen vor der Tür, trotzdem müssen die Löhne in diesem Bereich mit 1:1 gezahlt werden. Bitte schön. Hier wird gesagt: Es ist erwogen, daß Kredite und ..., aber konkret, wieviel Prozent Zinsen, wie lange Laufzeit, was tritt ein, wenn die Liquidität einmal 6 Monate überzogen wird oder auch nur einen Monat?

Nächste Frage, ein weiterer Aspekt: Die republikweite Abwertung von Materialien betraf den volkseigenen Sektor von Pro-